

**Änderungsverfügung vom 09.12.2025  
zur tierseuchenbehördlichen Allgemeinverfügung zum Schutz vor der  
hochpathogenen aviären Influenza (HPAI) vom 28.10.2025**

Nachdem keine weiteren amtlichen Feststellungen der hochpathogenen aviären Influenza (HPAI) im Vogelsbergkreis festgestellt werden konnten, erlässt das Landratsamt des Landkreises Vogelsbergkreis, der Landrat des Vogelsbergkreises, Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz aufgrund des Artikel 70 Abs. 1 Buchstabe b und Absatz 2 in Verbindung mit Artikel 55 Absatz 1 Buchstabe d der Verordnung (EU) Nr. 2016/429 in Verbindung mit § 13 Abs. 1 und 2, 14a der Verordnung zum Schutz gegen die Geflügelpest in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2018 (BGBl. I S. 1665, 2664) in der zurzeit gültigen Fassung und des § 38 Abs. 11 des Tiergesundheitsgesetzes vom 21.11.2018 in der zurzeit gültigen Fassung, für den Vogelsbergkreis folgende

**Änderung zur Allgemeinverfügung vom 28.10.2025**

**A. Verfügungen**

**I. Aufhebung von Regelungen der Allgemeinverfügung vom 28.10.2025**

Die unter Ziffer A.II Nr. 1 – 4 der tierseuchenbehördlichen Allgemeinverfügung zum Schutz vor der hochpathogenen aviären Influenza (HPAI) vom 28.10.2025 getroffenen Anordnungen werden vollständig aufgehoben.

Dies betrifft:

1. A.II Nr. 1 – Aufstellungspflicht
2. A.II Nr. 2 – Verbot des Verbringens von Geflügel aus Risikogebieten zu Veranstaltungen
3. A.II Nr. 3 – Verbot von Veranstaltungen
4. A.II Nr. 4 – Abgabe von Geflügel im Reisegewerbe

Alle mit diesen Nummern verbundenen Verpflichtungen und Einschränkungen entfallen mit Inkrafttreten dieser Änderungsverfügung.

**II. Fortgeltung der Biosicherheitsmaßnahmen**

Die unter A.II Nr. 5 – Anordnung von Biosicherheitsmaßnahmen der Allgemeinverfügung vom 28.10.2025 getroffenen Regelungen bleiben unverändert bestehen und weiterhin vollumfänglich gültig.

Zur Vervollständigung werden diese im Nachfolgenden aufgeführt:

**Anordnung von Biosicherheitsmaßnahmen**

Wer Geflügel im Sinne des Artikel 4 Nummer 9 der Verordnung (EU) 2016/429 bzw. in Gefangenschaft gehaltene Vögel im Sinne des Artikel 4 Nummer 10 der Verordnung (EU) 2016/429 hält, hat sicherzustellen, dass die nachstehenden Biosicherheitsvorgaben eingehalten werden:

- a. Die Ein- und Ausgänge zu den Ställen oder den sonstigen Standorten sind gegen unbefugten Zutritt oder unbefugtes Befahren zu sichern.
- b. Die Ställe oder die sonstigen Standorte dürfen nur mit betriebseigener Schutzkleidung oder Einwegschutzkleidung, einschließlich gereinigtem Schuhwerk oder Einmal-Überschuhen betreten werden, Desinfektionsmatten sind zu empfehlen. Die Schutz- oder Einwegschutzkleidung ist nach Verlassen des Stalles oder des sonstigen Standorts unverzüglich abzulegen. Dies gilt sowohl für betriebseigene Personen, wie auch für betriebsfremde Personen.
- c. Die Schutzkleidung ist nach Gebrauch unverzüglich zu reinigen und zu desinfizieren, Einwegschutzkleidung ist nach Gebrauch unverzüglich unschädlich zu beseitigen.
- d. Eine betriebsbereite Einrichtung zum Waschen der Hände sowie eine Einrichtung zum Wechseln und Ablegen der Kleidung und zum Wechseln und zur Desinfektion der Schuhe ist vorzuhalten.
- e. Fahrzeuge, Maschinen und sonstige Gerätschaften, die in der Geflügelhaltung/Vogelhaltung eingesetzt und in mehreren Ställen benutzt werden, sind jeweils vor der Benutzung in einem anderen Stall zu reinigen und zu desinfizieren.
- f. Fahrzeuge, Maschinen und sonstige Gerätschaften, die in der Geflügelhaltung/Vogelhaltung eingesetzt und von mehreren Betrieben gemeinsam benutzt werden, müssen im abgebenden Betrieb vor der Abgabe gereinigt und desinfiziert werden.
- g. Futter, Einstreu, Gegenstände und Gerätschaften, die für das Geflügel/ die Vögel vorgesehen sind und genutzt werden, sind gegen Kontakt mit Wildvögeln und Schädlinge zu sichern. Eine ordnungsgemäße Schädlingbekämpfung ist in regelmäßigen Abständen durchzuführen und zu dokumentieren. Die Aufzeichnungen hierüber sind auf Verlangen vorzulegen.
- h. Der Raum, die Behälter oder die sonstigen Einrichtungen zur Aufbewahrung verendeten Geflügels sind nach jeder Abholung, mindestens jedoch einmal im Monat, zu reinigen und zu desinfizieren.
- i. Nach jeder Einstellung oder Ausstallung von Geflügel sind die dazu eingesetzten Gerätschaften und der Verladeplatz zu reinigen und zu desinfizieren. Nach jeder

Ausstattung sind die frei gewordenen Ställe einschließlich der dort vorhandenen Einrichtungen und Gegenstände zu reinigen und zu desinfizieren.

- j. Betriebseigene Fahrzeuge sind unmittelbar nach Abschluss eines Geflügeltransports auf einem befestigten Platz zu reinigen und zu desinfizieren bzw. im Falle mehrerer Transporte lebenden Geflügels an einem Tag von demselben Herkunftsbetrieb in denselben Bestimmungsbetrieb unmittelbar nach Abschluss des letzten Transportes.

### **III. Befristung**

Diese Änderungsverfügung gilt bis zum Außerkrafttreten der ursprünglichen Allgemeinverfügung vom 28.10.2025 oder bis zum Erlass einer neuen tierseuchenbehördlichen Regelung. Die Allgemeinverfügung vom 28.10.2025 ist, in der durch diese Änderungsverfügung geänderte Fassung, längstens bis einschließlich 28.04.2026 gültig.

### **IV. Weitere Anordnungen**

1. Die Verfügung gilt an dem auf die ortsübliche Bekanntmachung folgenden Tag als bekannt gegeben.
2. Die Verfügung wird auf der Internetseite des Landkreises Vogelsbergkreis ([www.vogelsbergkreis.de](http://www.vogelsbergkreis.de)) öffentlich bekannt gegeben.
3. Diese Verfügung und ihre Begründung kann beim Landrat des Landkreises Vogelsbergkreis, Abteilung Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz, Vogelsbergstraße 32, 36341 Lauterbach, Erdgeschoss, Zimmer EG 07, nach vorheriger Terminvereinbarung (Telefon 06641 977 6800) oder auf der Homepage des Landkreises Vogelsbergkreis unter [www.vogelsbergkreis.de](http://www.vogelsbergkreis.de) eingesehen werden.

## **B. Begründungen**

### **I. Sachverhalt**

Am letzten Oktoberwochenende dieses Jahres kam es bundesweit zu zahlreichen Todesfällen bei Kranichen. Auch im Vogelsbergkreis wurden mehrere Tiere aufgefunden und mit positivem Ergebnis auf Geflügelpest untersucht. Da während dieser Zeit tausende möglicherweise infizierte Kraniche über Hessen und den Vogelsberg zogen, war es zur Vermeidung eines Viruseintrags in Geflügelhaltungen erforderlich, eine Aufstallungspflicht sowie ergänzende Biosicherheitsmaßnahmen anzuordnen.

Die Geflügelpest ist eine Influenza-Infektion der Vögel, die ähnlich wie die menschliche Grippe etwa alle fünf bis zehn Jahre vermehrt auftritt und aufgrund ständiger Mutation erneut verstärkt verbreitet werden kann. Deutschland war in diesem Herbst in besonderem Maße betroffen. In den Monaten Oktober und November wurden deutschlandweit rund 1700 infizierte Wildvögel nachgewiesen, davon etwa 160 in Hessen.

## **II. Rechtliche Würdigung**

### **Zu A.I (Aufhebung der Regelungen Nr. 1 – 4)**

Die zuständige Behörde kann gemäß Artikel 70 Abs. 1 Buchstabe b und Absatz 2 i. V. m. Artikel 55 der Verordnung (EU) 2016/429 sowie auf Grundlage der Befristungsregelung in Ziffer A.III der Allgemeinverfügung vom 28.10.2025 bereits vor Ablauf der Sechsmonatsfrist Änderungen und Ergänzungen vornehmen.

Nach erneuter Risikobewertung ist die fortdauernde Anordnung der Ziffern 1 – 4 nicht mehr erforderlich und daher aus Gründen der Verhältnismäßigkeit aufzuheben.

### **Zu A.II (Fortgeltung der Biosicherheitsmaßnahmen)**

Die unter Nr. 5 geregelten Biosicherheitsmaßnahmen bleiben erforderlich, um das verbleibende Risiko eines Eintrags von HPAI aus der Wildvogelpopulation weiterhin zu minimieren.

Das Virus zirkuliert nach wie vor in der Wildvogelpopulation; die Maßnahmen sind geeignet, erforderlich und angemessen, um Kontakte zwischen gehaltenem Geflügel und Wildvögeln zu verhindern.

## **III. Begründungen**

### **Zu A. I. Aufhebung von Regelungen der Allgemeinverfügung vom 28.10.2025**

Im Vogelsbergkreis wurden seit den initialen Kranichfunden keine weiteren Nachweise von mit HPAI infizierten Wildvögeln festgestellt. Da das Kranichzuggeschehen mittlerweile abgeschlossen ist und somit ein Eintragsrisiko über diese Art nicht mehr besteht, kann die Aufstallungspflicht und die weiteren oben genannten Regelungen im Kreisgebiet aufgehoben werden.

Da auch in den kommenden Jahren mit weiteren Seuchenzügen zu rechnen ist, empfiehlt das Veterinäramt allen Halterinnen und Haltern von in Gefangenschaft gehaltenen Vögeln, dauerhaft geeignete Aufstellungsmöglichkeiten vorzuhalten.

Diese müssen nicht zwingend geschlossene Ställe sein; auch ausreichend dimensionierte, gegen Wildvögel gesicherte Volieren können hierfür geeignet sein.

#### **Zu A. II. Fortgeltung der Biosicherheitsmaßnahmen**

Gleichwohl bestehen in Hessen weiterhin Nachweise der Geflügelpest bei Wildvögeln. In der letzten Novemberwoche dieses Jahres wurden hessenweit 44 weitere Fälle bei Wildvögeln festgestellt. Betroffen waren insbesondere Schwäne in Nordhessen sowie Wildgänse in Südhessen. Auch Greifvögel, Graureiher und weitere Arten können infiziert sein. Zudem können die Viruspartikel in der kalten Jahreszeit über einen längeren Zeitraum in der Umwelt infektiös bleiben und insbesondere über Gewässer von Wasservögeln weitergetragen werden.

Das Friedrich-Loeffler-Institut bewertet das Risiko eines Eintrags von HPAI in Geflügelhaltungen weiterhin als hoch. Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, die Biosicherheitsmaßnahmen nach Ziffer A.II Nr. 5 der Allgemeinverfügung vom 28.10.2025 unverändert aufrechtzuerhalten. Diese Maßnahmen reduzieren das Risiko eines direkten oder indirekten Kontakts zwischen gehaltenem Geflügel und Wildvögeln erheblich und sind daher weiterhin geeignet und erforderlich.

Geflügelhaltungen sollten deshalb so geführt werden, dass direkter Kontakt zu Wildvögeln zuverlässig ausgeschlossen ist. Kleinere Bestände können hierzu auch Volieren oder andere geschützte Strukturen nutzen, sofern diese ein Eindringen von Wildvögeln verhindern.

#### **Zu A. III. Befristungen**

Die in dieser Verfügung getroffenen Anordnungen sollen aus Gründen der Verhältnismäßigkeit nur so lange gelten, wie sie zum Schutz vor der hochpathogenen aviären Influenza (HPAI) erforderlich sind. Zunächst ist ein Geltungszeitraum von sechs Monaten in der Allgemeinverfügung vom 28.10.2025 vorgesehen. Die zuständige Behörde kann diese Allgemeinverfügung jedoch bereits mit Ablauf dieser Frist ergänzen oder ändern.

#### **Zu A. IV. Weitere Anordnungen**

Die öffentliche Bekanntmachung der Änderungsverfügung ist nach § 41 Abs. 3 Satz 2 Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz (HVwVfG) zulässig. Da sich die Änderungsverfügung an einen von der Anzahl nicht voraus bestimmbaren Adressatenkreis richtet, wäre eine individuelle Bekanntgabe "untunlich".

Nach Art. 41 Abs. 4 Satz 3 HVwVfG gilt ein schriftlicher Verwaltungsakt bei öffentlicher Bekanntmachung zwei Wochen nach der ortsüblichen Bekanntmachung als bekannt gegeben. In einer Änderungsverfügung kann nach Art. 41 Abs. 4 Satz 4 HVwVfG ein hiervon abweichender Tag, jedoch frühestens der auf die

Bekanntmachung folgende Tag bestimmt werden. Von dieser Vorschrift wird Gebrauch gemacht, so dass diese Änderungsverfügung einen Tag nach ihrer Bekanntmachung als bekannt gegeben gilt.

#### **Hinweise**

- A. Jeder Verdacht auf Geflügelpest ist meiner Behörde unverzüglich zu melden (Art. 18 Abs. 1 der Verordnung (EU) 2016/429).
- B. „Geflügel“ gemäß Artikel 4 Nummer 9 der Verordnung (EU) 2016/429 sind Vögel, die zu folgenden Zwecken in Gefangenschaft aufgezogen oder gehalten werden:
  - a) Erzeugung von
    - i) Fleisch;
    - ii) Konsumeiern;
    - iii) sonstigen Erzeugnissen;
  - b) Wiederaufstockung von Wildbeständen;
  - c) Zucht von Vögeln, die für die Arten der in Buchstaben a und b genannten Erzeugung verwendet werden.
- C. Gemäß Artikel 10 der Verordnung (EU) 2016/429 sind Unternehmer (= alle natürlichen oder juristischen Personen, die für Tiere oder Erzeugnisse verantwortlich sind, auch für einen begrenzten Zeitraum) in Bezug auf die gehaltenen Tiere und die Erzeugnisse in ihrem Zuständigkeitsbereich verantwortlich für die Gesundheit der gehaltenen Tiere und die Minimierung des Risikos hinsichtlich der Ausbreitung von Seuchen. Sie ergreifen zu diesem Zweck geeignete Maßnahmen zum Schutz vor biologischen Gefahren. Daraus ergibt sich die Pflicht des Unternehmers Biosicherheitsmaßnahmen unbedingt konsequent einzuhalten, um das Geflügel vor einem Eintrag und der möglichen weiteren Verbreitung von HPAIV-Infektionen zu schützen. Grundsätzlich ist die Errichtung effektiver physischer Barrieren zwischen den Habitaten von wilden Wasservögeln (z.B. Gewässer, Felder, auf denen sich Gänse, Enten oder Schwäne sammeln) und den Geflügelhaltungen wesentlich. Diese sind zu unterbinden und geeignete Desinfektionsmaßnahmen vorzusehen. Vor allem darf Wildvögeln kein Zugang zu Futter, Einstreu und Gegenständen (z.B. Schuhwerk, Schubkarren, Fahrzeuge usw.) gewährt werden, die mit Geflügel in Kontakt kommen können. Geflügel sollten außerdem nicht an Gewässern trinken, zu denen auch wildlebende Vögel Zugang haben. Die Gefahr einer Verschleppung von Infektionen zwischen Geflügelhaltungen sollte durch ein sicheres Hygienemanagement minimiert werden; dies beinhaltet insbesondere die wirksame Reinigung und Desinfektion von Kleidung, Schuhen, Geräten und Fahrzeugen. Außerdem sollte darauf geachtet werden, dass nur gesunde Tiere zugekauft werden.

### **Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder in elektronischer Form nach § 3a Absatz 2 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes, schriftformersetzend nach § 3a Absatz 3 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes und § 9a Absatz 5 des Onlinezugangsgesetzes oder zur Niederschrift beim Landrat des Vogelsbergkreises, Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz -Standort: Vogelsbergstr. 32, 36341 Lauterbach (Hessen), Postanschrift: Goldhelg 20, 36341 Lauterbach (Hessen) einzulegen. Eine Einlegung des Widerspruchs per „einfacher“ E-Mail genügt nicht zur Fristwahrung.

**Lauterbach, 09. Dezember 2025**

**Vogelsbergkreis - Der Landrat -**



**(Krug) 1. Kreisbeigeordneter**